

Vorlage Nr.: 2024/0454

Eingang: 17.04.2024

Aufarbeitung des Wertstofftonnen-Desaster Anfrage: FW|FÜR

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Gemeinderat	18.06.2024	28	Ö	Kenntnisnahme

Vorwissen der Stadtverwaltung

1. Inwiefern war die Stadtverwaltung, insbesondere Bürgermeisterin Bettina Lisbach und das Team Sauberes Karlsruhe (TSK), über die potenziellen Probleme im Zusammenhang mit der Vergabe der Wertstofftonnen-Entsorgung an K+G informiert?
2. Wurde das Dezernat Bürgermeisterin Bettina Lisbach und das Team Sauberes Karlsruhe (TSK) vor der Ausschreibung von der Bürgerinitiative Müll und Umwelt e.V. zu den Misständen beim Vollservice informiert?
3. Welche Maßnahmen wurden im Vorfeld ergriffen, um die angesprochenen Probleme im Blick auf die städtische Satzung und den Vollservice zu verhindern oder abzumildern?

Ausschreibung durch Fa. Landbell

4. Welche Kriterien wurden für den Vollservice berücksichtigt?
5. Warum wurde der Bürgerinitiative Müll und Umwelt e.V. und möglicherweise auch anderen interessierten Parteien der Einblick in die Ausschreibungsunterlagen verwehrt?
6. Wird die Stadtverwaltung die relevanten Dokumente öffentlich zugänglich machen, um die Transparenz des Vergabeprozesses zu erhöhen?

Gebührengerechtigkeit beim Vollservice

- 7.1. Wie gedenkt die Stadtverwaltung, das Problem anzugehen, dass rund 6000 Gebäude für einen Vollservice zahlen, den sie faktisch nicht erhalten?
- 7.2. Wie gedenkt die Stadtverwaltung, mit den Haushalten umzugehen, die seit Jahren den Vollservice bezahlen müssen, aber auf Grund der baulichen Gegebenheit diesen nicht in Anspruch nehmen können?
8. Welche Lösungen werden in Betracht gezogen, um eine gerechte Gebührenerhebung sicherzustellen?
9. Inwieweit werden die Gebühren für Karlsruher Haushalte zukünftig steigen?

Arbeitsschutz und Konkurrenzfähigkeit des Team Sauberes Karlsruhe

10. Die Personalvertretung des Team Sauberes Karlsruhe wies in einem Schreiben darauf hin, dass sie von der Stadtverwaltung gedrungen waren Wertstofftonnen auch außerhalb der satzungskonformen Vorgaben zu leeren, ohne Gebührenerhebung. Bei K+G wird auf den Arbeitsschutz verwiesen, weswegen Gebühren für solche Leerungen erhoben werden. Wer war für diese Entscheidung beim Team Sauberes Karlsruhe verantwortlich gewesen, sich nicht an die Satzung zu halten und den Arbeitsschutz zu ignorieren?
11. Wie äußert sich der Arbeitsschutz der Stadt Karlsruhe zu den von der Personalvertretung veröffentlichten Vorwürfen? Hat sich der Arbeitsschutz in der Vergangenheit auch schon zu der Problematik geäußert und in welchen Rahmen?
12. In Freiburg entsorgt der stadteigene Abfallbetrieb den Wertstoff, ist das Team Sauberes Karlsruhe deswegen nicht konkurrenzfähig gewesen, da man die eigene Satzung nicht umgesetzt hatte und keine Gebühren verlangte?

Rechtliche Konsequenzen

13. Welche rechtlichen Konsequenzen können der Stadt Karlsruhe im Blick auf die Vergabe an K+G, der Sonderleerung durch das Team Sauberes Karlsruhe und den bisher ausgehandelten, zusätzlichen Zahlungen an K+G drohen?

Kommunikation und Informationspolitik

14. Wie plant die Stadtverwaltung, die Kommunikation und Informationspolitik bezüglich der Wertstofftonnen-Entsorgung und der damit verbundenen Dienstleistungen zu verbessern, um zukünftig Missverständnisse und Unmut zu vermeiden?
15. Welche konkreten Schritte und Maßnahmen plant die Stadtverwaltung, um die aktuelle Situation zu lösen und ähnliche Probleme in der Zukunft zu verhindern?

Begründung

Die Aufarbeitung des sogenannten Wertstofftonnen-Desasters ist von entscheidender Bedeutung für das Verständnis und die Lösung der aktuellen Probleme. Als Fraktionsgemeinschaft aus Freien Wählern und FÜR Karlsruhe möchten wir Klarheit über die Entwicklungen und Entscheidungen im Kontext der Wertstofftonnen-Entsorgung schaffen. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus einer Reihe von Ereignissen, die seit der Vergabe der Wertstofftonnen-Entsorgung an das Unternehmen Knettenbrech + Gurdulic (K+G) zu Unstimmigkeiten und Unzufriedenheit innerhalb der Karlsruher Bevölkerung geführt haben. Ein wesentliches Ziel dieser Anfrage ist es, die Verantwortungsübernahme und das Vertrauen in die städtischen Entscheidungsträger zu stärken, indem detailliert erfragt wird, inwiefern die Stadtverwaltung im Vorfeld über mögliche Probleme informiert war und welche präventiven Maßnahmen ergriffen wurden.

Des Weiteren zielt unsere Anfrage darauf ab, Transparenz in den Entscheidungsprozess zu bringen, insbesondere hinsichtlich der Kriterien, die zur Auswahl von K+G führten. Dies schließt die Frage ein, warum der Zugang zu den Ausschreibungsunterlagen für die Bürgerinitiative Müll und Umwelt e.V. und möglicherweise andere Interessengruppen eingeschränkt war. Die Klärung dieser Punkte ist entscheidend, um die Rechenschaftspflicht der Stadtverwaltung gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern zu unterstreichen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt betrifft die Gebührengerechtigkeit im Zusammenhang mit dem Vollservice, der von rund 6000 Gebäuden bezahlt, aber faktisch nicht erhalten wird. Die Anfrage sucht nach Lösungen, die die Stadtverwaltung in Betracht zieht, um eine gerechte Gebührenerhebung zu gewährleisten und ob zukünftige Gebührenanpassungen für die Karlsruher Haushalte geplant sind.

Unsere Anfrage berührt auch die Themen Arbeitsschutz und die Konkurrenzfähigkeit des Teams Sauberes Karlsruhe, insbesondere im Licht der Entscheidungen, Wertstofftonnen auch außerhalb der satzungskonformen Vorgaben zu leeren. Die Stadtverwaltung wird um Stellungnahme zu den von der Personalvertretung geäußerten Bedenken gebeten, sowie um eine Erklärung, warum das Team Sauberes Karlsruhe möglicherweise nicht konkurrenzfähig war.

Abschließend werden die rechtlichen Konsequenzen thematisiert, die sich aus der Vergabe an K+G, der Sonderleerung durch das Team Sauberes Karlsruhe und den bisher ausgehandelten, zusätzlichen Zahlungen an K+G ergeben könnten. Die Anfrage schließt mit der Frage nach geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der Kommunikation und Informationspolitik, um zukünftige Missverständnisse und Unmut zu vermeiden.

Wir glauben, dass durch eine sachliche und transparente Aufarbeitung der Historie und der aktuellen Problematik, das Vertrauen in die städtischen Strukturen gestärkt und gemeinsam konstruktive Lösungen entwickelt werden können. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch an unseren offenen Brief an Oberbürgermeister Dr. Mentrup und die zuständige Dezernentin Lisbach.

Unterzeichnet:
Jürgen Wenzel
Friedemann Kalmbach
Petra Lorenz